

Zukunft der Gasnetze unklar

[24.10.2025] Fast die Hälfte der Stadtwerke weiß noch nicht, was aus ihren Gasnetzen werden soll. Eine Umfrage des Verbands kommunaler Unternehmen zeigt: Viele Versorger fordern von der Bundesregierung endlich rechtliche Klarheit für Stilllegung und Umrüstung.

Für 46 Prozent der Stadtwerke und kommunalen Energieversorger ist noch offen, wie es mit ihren Gasnetzen weitergeht. Das berichtet der [Verband kommunaler Unternehmen \(VKU\)](#) auf Grundlage einer Umfrage unter 609 Mitgliedsunternehmen. Nur 19 Prozent der Befragten planen, ihre Netze vollständig stillzulegen und künftig auf Fernwärme und Wärmepumpen zu setzen. Knapp ein Viertel (23 Prozent) will einzelne Stränge umrüsten – vor allem auf grüne Gase wie Wasserstoff oder Biomethan – und andere abschnittsweise abschalten.

Der VKU sieht die Branche in einer schwierigen Lage: Gasnetze wurden für den Dauerbetrieb gebaut, für Stilllegung oder Rückbau fehlen aber bislang klare gesetzliche Regelungen. Trotz Klimazielen sind die Betreiber weiter verpflichtet, neue Anschlüsse bereitzustellen. Auch die Finanzierung der Umstellung ist ungeklärt. „Wir appellieren an die Bundesregierung, schnell für Rechts- und Planungssicherheit bei den Gasnetzen zu sorgen“, sagte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing.

Nach VKU-Angaben planen derzeit nur 15 Prozent der Stadtwerke, ihre Leitungen für den Einsatz grüner Gase im Mittelstand umzurüsten, und lediglich 8 Prozent wollen das Heizen privater Haushalte mit Wasserstoff oder Biomethan ermöglichen. Investitionen in Umrüstung oder Rückbau seien bislang nicht vorgesehen. Liebing forderte das Bundeswirtschaftsministerium auf, nach der Festlegung des Wasserstoffkernnetzes nun zügig die rechtlichen Grundlagen und Finanzierungsregeln für Wasserstoffverteilnetze zu schaffen.

Neben den rechtlichen Risiken drohen auch soziale und wirtschaftliche Folgen. Wenn wohlhabendere Haushalte schneller aussteigen, verteuern sich die Netzentgelte für die verbleibenden Nutzer – insbesondere für Mieter und kleine Betriebe. Um dies zu vermeiden, schlägt der VKU eine Kombination aus Selbstzahlung, Umstellbonus und einem Gasnetz kompensationskonto vor. Der Staat solle Netzbetreiber für verkürzte Abschreibungszeiträume entschädigen, damit die Kosten nicht allein bei den Verbrauchern landen.

Die Umfrage wurde vom 26. August bis 15. September 2025 durchgeführt. Von den angeschriebenen 609 VKU-Mitgliedern beteiligten sich 164 Stadtwerke und kommunale Energieversorger – eine Rücklaufquote von 26,9 Prozent. Insgesamt sind laut Bundesnetzagentur rund 1,4 Millionen überwiegend mittelständische Kunden an die Gasverteilnetze angeschlossen. Der VKU warnt, ohne klare Regeln für einen geordneten Ausstieg drohe ein „Flickenteppich“ mit Unsicherheit für Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen.

(th)

Stichwörter: Erdgas, Verband kommunaler Unternehmen (VKU)